



Sitzungsniederschrift

Gremium **Finanzausschuss und Ausschuss für
Wirtschaftsförderung**

Datum **Montag, 05.06.2023**

Beginn **17:30 Uhr**

Ende **18:25 Uhr**

Ort **Rathaus, Ratsstiege 1, Großer Ratssaal
59302 Oelde**

Vorsitz

Herr Christoffer Siebert

Teilnehmende

Herr Norbert Austrup	
Herr Wolfgang Bovekamp	anwesend ab 17.35 Uhr
Frau Silvia Brede	
Herr André Drinkuth	
Herr Alfons Grünebaum	Vertretung für Herrn Brinkmann
Herr Daniel Hagemeyer	
Herr Peter Hellweg	
Frau Kerstin Horstmann	
Herr Jürgen Jasper	
Frau Barbara Köß	
Frau Hiltrud Krause	Vertretung für Herrn Westerwalbesloh
Herr Sven Lilge	
Herr Ludger Lücke	
Herr Rolf Pickenäcker	
Herr Thorsten Retzlaff	
Herr J.-Francisco Rodriguez Ramos	
Herr Uli Schwieder	Vertretung für Herrn Reckmann
Herr Arno Zurbrüggen	

Verwaltung

Frau Stefanie Bathe-Funke
Herr Volker Combrink
Herr Ulrich Hölken
Frau Simone Ikemann
Herr Michael Jathe
Frau Karin Rodeheger
Herr Jakob Schmid

Schriftführer

Herr Klaus Jablonski

Es fehlten entschuldigt

Teilnehmende

Herr Sebastian-Josef Brinkmann
Herr Benedikt Diekhans
Herr Ludger Reckmann
Herr Florian Westerwalbesloh

Vertretung durch Herrn Grünebaum

Vertretung durch Herrn Schwieder

Vertretung durch Frau Krause

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung		Seite
1.	Einwohnerfragestunde	4
2.	Beteiligungsbericht 2021 der Stadt Oelde B 2023/020/5416	4
3.	Finanzstatusbericht I/2023 M 2023/200/5516	5
4.	Gründung einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung für den Bereich der Abwasserbeseitigung B 2023/020/5450/2	9
5.	Änderung der Honorarordnung der Volkshochschule Oelde-Ennigerloh B 2023/430/5482	9
6.	Maßnahmenfreigaben	10
6.1.	Maßnahmenfreigabe; Beschaffung eines Tanklöschfahrzeugs (TLF) 3000 für die Freiwillige Feuerwehr Oelde B 2023/320/5526	10
7.	Verschiedenes	10
7.1.	Mitteilungen der Verwaltung	10
7.2.	Anfragen an die Verwaltung	10

Zu Beginn der Sitzung begrüßt der Ausschussvorsitzende Herr Siebert die anwesenden Mitglieder des Finanzausschusses und Ausschusses für Wirtschaftsförderung, die Zuhörer, Herrn Hahn und Frau Nettestroh von der Tageszeitung „Die Glocke“ sowie die Mitarbeiter*innen der Verwaltung.

Herr Siebert stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist und gegen die ordnungsgemäße Einberufung kein Widerspruch erhoben wird.

Vor Einstieg in die Tagesordnung wird durch Herrn Siebert der durch Beschluss des Rates vom 19.12.2022 in den Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung berufene sachkundige Bürger Herr Jürgen Jasper in sein Amt eingeführt und zur gesetzmäßigen und gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben wie folgt verpflichtet:

„Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohl der Gemeinde erfüllen werde.“

Danach eröffnet Herr Siebert die Sitzung.

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen von Einwohnern gestellt.

2. **Beteiligungsbericht 2021 der Stadt Oelde** B 2023/020/5416

Herr Siebert bringt den Tagesordnungspunkt in die Sitzung ein.

Herr Rodriguez weist darauf hin, dass in dem Beteiligungsbericht auf Seite 12 in der Tabelle zur Beteiligungsstruktur unter lfd. Nr. 12 und Nr. 13 die Angaben des durchgerechneten Anteils der Kommune am Stammkapital der RWE AG bzw. der Vereinigung der kommunalen RWE-Aktionäre Westfalen GmbH nicht korrekt seien. Es müsse sich bei Nr. 12 um 173,1 TEURO anstatt 173.100,00 TEURO und bei Nr. 13 um 0,512 TEURO anstatt 512 TEURO handeln. Er bittet darum, dieses zu korrigieren.

Beschluss

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde einstimmig folgende Beschlussfassung:

Der Rat der Stadt Oelde beschließt gemäß § 117 Abs. 1 S. 3 GO NRW den Beteiligungsbericht 2021.

3. Finanzstatusbericht I/2023 M 2023/200/5516

Herr Jathe erklärt zunächst, dass er einige wichtige Kernaussagen des vorliegenden Finanzstatusberichtes einmal darstellen wolle, weil er auch Auswirkungen auf die kommenden Jahre haben werde.

So könnten die Steuereinnahmen derzeit die inflationsbedingt stark steigenden Aufwendungen nicht auffangen. Als Folge steige das kommunale Defizit. Ein ausgeglichener Haushalt als Ziel der Haushaltsausführung sei derzeit, anders als in den Vorjahren, nicht ansatzweise erreichbar. Laut Plan sei bereits ein Defizit von -7,487 Mio. EUR erwartet worden, nach erfolgtem Abzug von 590 TEUR auszusondernder Schäden aufgrund des Ukraine-Krieges.

Durch die aus 2022 übertragenen Haushaltsermächtigungen habe sich dann eine Erhöhung des Defizits auf -8,269 Mio. EUR ergeben. Der Rat sei bereits in der vergangenen Sitzung über diese Ermächtigungsübertragungen in Kenntnis gesetzt worden. Dieses Plandefizit werde man – anders als in früheren Haushaltsjahren – nach der gegenwärtigen Prognose in der Haushaltsausführung nicht ausgleichen können. Es drohe sogar eine Verschlechterung, sodass 10 Mio. EUR Unterdeckung in diesem Jahr nicht ausgeschlossen werden könnten, was die Ausgleichsrücklage, die auch aus dem Ergebnis 2022 nochmals aufgestockt werden könne, merklich früher als erhofft abschmelzen lasse.

Herr Jathe erläutert anhand der Präsentation, dass die Gewerbesteuer sich zwar weiterhin auf einem hohen Vorauszahlungs-Niveau von rund 24,6 Mio. EUR ziemlich konstant seitwärts entwickle. Aktuell liege man damit leider immer noch 1,2 Mio. EUR unter dem Haushaltsansatz. Das bedeute auch, dass derzeit keine Mehreinnahmen als Deckungsmöglichkeiten für eventuelle überplanmäßige Ausgaben vorhanden seien. Es fehlten weiterhin die die Steuerjahre 2022 und 2021 prägenden Nachzahlungen aus dem Corona-Jahr 2020, welches für zahlreiche Oelder Unternehmen zum Glück doch nicht so wirtschaftlich schlecht ausgefallen sei, wie ursprünglich befürchtet. Zum Spätsommer werde man mehr Klarheit haben, wie das Wirtschaftsjahr 2022 steuerlich bei den Oelder Unternehmen abgeschlossen werden konnte und ob sich hieraus dann doch noch die erhofften Steuernachzahlungen auch zugunsten der Stadtkasse ergeben.

Ein großes Sorgenkind sei aber aktuell die Einkommensteuerentwicklung. Die Haushaltsansätze würden auf den Steuerschätzungen vom Herbst 2022 basieren. Die aktuelle Mai-Steuerschätzung des Bundesfinanzministeriums sei nun deutlich schlechter ausgefallen, als angenommen. Demnach müsse der Bund in diesem Jahr mit 30 Milliarden EUR weniger auskommen als erhofft. Die Steuererträge sollten „nur“ geringfügig gegenüber 2022 steigen (2,8 %) und blieben damit hinter den erhofften Wachstumsraten zurück. Für die Jahre bis 2027 müssten Bund, Länder und Gemeinden der neuen Steuerschätzung zufolge mit 148,7 Milliarden EUR weniger auskommen als noch im Herbst 2022 angenommen. Zur Begründung habe das Finanzministerium auf die jüngsten Steuerentlastungen von Unternehmen und Haushalten im Zuge der hohen Inflation und der Energiekrise verwiesen. Ein Teil dieser Steuerausfälle gehe auch zu Lasten der Städte.

Bei der Umsatzsteuer gebe es zwar laut Bundesfinanzministerium Zuwächse, diese Zuwachsraten lägen aber deutlich unterhalb der Inflationsrate, was auf den schwachen Konsum zurückzuführen sei. Zudem seien die Folgen der Streichung der Umsatzsteuer auf PV-Anlagen und die Senkung der Umsatzsteuer auf Gas ertragsmindernd auch für die

Kommunen spürbar. Die Steuerquellen, aus denen auch Anteile an die Kommunen weitergeleitet werden, würden deutlich weniger sprudeln, als noch im Vorjahr.

Die Regionalisierung der neuesten Steuerschätzung auf die Kommunen stehe noch aus. Erst dann ließen sich die Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Oelde konkretisieren. Es seien aber aufgrund der Aussagen aus dem Bundesfinanzministerium insgesamt dunkle Wolken am Einnahmehimmel zu erkennen, die zu besonderer Vorsicht und Zurückhaltung mit freiwilligen Ausgaben mahnen würden. Nicht ohne Grund habe Schleswig-Holstein bereits Mitte Mai vorübergehend eine Haushaltssperre im dortigen Landeshaushalt verhängt, welche dann aber nach heftiger öffentlicher Kritik zurückgenommen worden sei.

Rückläufig seien auch die kommunalen Erträge aus Konzessionsabgaben. Die infolge der Energiekrise erhofften Energieeinsparungen bei Industrie und privaten Verbrauchern würden ihre Wirkungen zeigen. Ökologisch herausragend, aber weniger Verbrauchsmenge in 2022 bedeute auch weniger Konzessionsabgaben für die Stadt. Diese Tendenz setze sich in 2023 fort. Es fehlten hier rund 60 TEUR gegenüber dem Haushaltsansatz.

Zudem stockten die Verkäufe von Wohngrundstücken bzw. würden sich durch verzögerte Erschließungsmaßnahmen zeitlich nach hinten verschieben. Einnahmen würden damit später fließen.

Die Folge sei, dass bis zum Steuertermin am 15.05. im April und Mai vorübergehend bis zu 4,5 Mio. EUR Kassenkredit in Anspruch genommen werden mussten. Das koste aktuell rund 500 EUR pro Kalendertag, weil die Zeit zinsloser Kassenkredite leider vorbei sei. Zinssätze von 3 bis 4 % für Kassen- und Investitionskredite seien bereits jetzt die Regel. Aktuell habe der Kassenkredit aber nach dem Steuertermin am 15.05. vollständig getilgt werden können.

Insgesamt könne die kommunale Ertragslage mit den infolge der hohen Preis- und Lohnsteigerungsraten deutlich stärker steigenden und von Herrn Jathe nachfolgend dargestellten städtischen Aufgaben nicht mithalten:

- Tarifabschluss im öffentlichen Dienst führt für die Stadt zu direkten Mehrkosten für eigenes Personal von 324 TEUR in 2022 und nochmals 1,471 Mio. EUR dann ab 2023.
- Tarifabschluss hat aber auch Folgewirkungen für weitere Aufwendungen der Stadt, weil von Kitabetreuung, über Schulsozialarbeit, OGS-Betriebskosten, Alte Post, ambulante Hilfen der Jugendarbeit, Jugend- und Familienberatungsstellen, Musikschule, Personal des Kreises und des LWL viele dieser dort steigenden Personalkosten über Umlagen und lohnkostenindizierte Verträge direkt an die Stadt weitergegeben werden.
- Für Schulsozialarbeit ergeben sich tarifbedingte Mehraufwendungen von 32 TEUR; mit der Alten Post ist noch zu verhandeln.
- Im Bereich der Vormundschaften, Beistandschaften und Adoptionen betragen die Kostensteigerungen 23 TEUR.
- Im Bereich der erzieherischen Hilfen des Jugendamtes werden Kostensteigerungen von durchschnittlich 12 % erwartet. Insgesamt steigen hier die Aufwendungen durch Weitergabe von Personal- und Sachkostensteigerungen um 800 TEUR, davon 400 TEUR im Bereich der ambulanten Hilfen, 300 TEUR für stationäre Heimunterbringungen und 100 TEUR für Hilfen in Not- und Krisensituationen.

- Bei den Kindergartenbetriebskosten wirken sich die aktuellen Lohnsteigerungen aufgrund der gesetzlichen Anpassungsregelungen erst zeitlich verzögert aus. Die „volle Wucht“ des Kostenanstiegs durch die hohen Tarifabschlüsse wird sich erst zum 01.08.2024 in Oelde auswirken. Für 2023 beträgt die Kostensteigerung im kommenden Kindergartenjahr, also ab 01.08.2023, 3,46 % und liegt damit „nur“ geringfügig über dem bereits im Haushalt eingeplanten Steigerungssatz. Gegenüber dem Plan ergeben sich daher für die Restmonate August bis Dezember 2023 nur Mehrbelastungen von 50 TEUR bei den Kita-Betriebskosten.
- In 2024 ist dann für das folgende Kindergartenjahr 2024/25 bei Gesamtbetriebskosten von derzeit 12 Mio. EUR für den Kita-Bereich mit einem weiteren Kostenanstieg von 1 bis 1,2 Mio. EUR zu rechnen.
- Zudem sind durch steigende Kinderzahlen weitere Kita-Plätze zu schaffen, zunächst in der Tagespflege, später dann durch weitere neue Kita-Gruppen gemäß der im Jugendhilfeausschuss vorgestellten Kindergartenbedarfsplanung z. B. in Stromberg oder Oelde Kernstadt. 2023 können die sich daraus ergebenden Mehrkosten noch über die bestehenden Haushaltsansätze aufgefangen werden, da die Errichtung erst im Laufe des Jahres erfolgt. Ab 2024 sind dann nochmals durch den Anstieg der Platzzahlen jährliche Mehraufwendungen von 550 TEUR auch hier zu erwarten.
- Auch der Flüchtlingszustrom ist weiterhin ungebrochen; die Herkunftsländer sind vielfältig, Ukraineflüchtlinge kommen nur im Ausnahmefall neu hier an. Insgesamt rund 110 statt angenommener 85 Personen befinden sich daher in diesem Jahr im Durchschnitt im Leistungsbezug der Stadt. Das führt zu Mehraufwendungen von 235 TEUR jährlich bei den laufenden Leistungen zum Lebensunterhalt und weiteren 300 TEUR für die Bereitstellung der Unterkünfte. Nur ein geringer Teil der Unterkunftsmehrkosten wird von Selbstzahlern refinanziert. Hier können nur 24 TEUR mehr aus Nutzungsgebühren für Unterkünfte (insgesamt neu 492 TEUR erwartet) erzielt werden.
- Diese Mehrbelastungen können durch leicht sinkende Schülerbeförderungskosten durch die Einführung des Deutschlandtickets von rund 32 TEUR nicht aufgefangen werden, auch wenn Einzelheiten zur Nutzung des Deutschlandtickets für Schüler*innen noch offen sind und auch noch nicht feststeht, für welche Schüler*innen das verbilligte Deutschlandticket auszustellen sein wird. Das Landesministerium NRW hat am vergangenen Wochenende hierzu zwar einen Erlass herausgegeben, der die Möglichkeit einer Ausstellung für auch nicht schulbusberechtigten Schüler*innen ermöglicht. Aber die Kostenregelungen sind noch unklar und zudem kann ein Erlass nicht die Wirkung der Gesetzeskraft habenden Schülerfahrtkostenverordnungen aufheben, die den Berechtigtenkreis derzeit noch auch für Oelde verbindlich begrenzt.
Aktuell sind 780 TEUR im Haushaltsansatz für Schülerfahrtkosten vorgesehen. Rund 1/3 davon für Schülerspezialverkehr außerhalb von Linienverbindungen, die auch über ein Deutschlandticket nicht refinanziert werden könnten. Dieser Aufwand bliebe immer. Würden dann noch alle über 3.000 Oelder Schüler*innen ein Deutschlandticket erhalten, ergäben sich im Extremfall gegenüber dem bisherigen Aufwand für Oelde sogar noch Mehraufwendungen von bis zu ½ Mio. EUR. Details erfolgen noch aus dem Fachdienst Schule.

Insgesamt ergebe sich daher laut Herrn Jathe nach derzeitiger Einschätzung eine spürbare Haushaltsverschlechterung, die zu mehr Ausgabendisziplin und Zurückhaltung – auch bei

freiwilligen Ausgaben – zwingen werde. Steuererhöhungen würden künftig kein Tabuthema mehr sein können. Denn gegen eine Inflation von 7 bis 10 % anzusparsen, werde bei dem weiten Spektrum von Pflichtaufgaben schwerlich gelingen können. Der fiktive Hebesatz bei der Gewerbesteuer liege derzeit bei 416, bei der Grundsteuer B bei 493 v. H. Derzeit leiste sich Oelde noch deutlich darunterliegende Steuersätze und zahle z. B. 30 % Kreisumlage auf gar nicht erwirtschaftete Steuererträge. Aktuell betrage der Hebesatz bei der Gewerbesteuer in Oelde 412 v. H., bei der Grundsteuer B 474 v. H.

Und das sei auch eine Art der Wirtschaftsförderung. Am Ende müssten aber alle Leistungen an die Bürger*innen auch durch die Bürger*innen bezahlt werden.

Es sei dann die gemeinsame Herausforderung, spätestens im Rahmen der kommenden Haushaltsberatungen, sich damit zu beschäftigen, was man sich noch leisten könne und wo Schwerpunkte gesetzt würden. Aktuell ergebe sich aber trotz der angespannten Lage noch keine Notwendigkeit für eine Haushaltssperre, da der Haushalt aufgrund der Rücklagen noch als fiktiv ausgeglichen gelte. Anders als in der Corona-Krise mit zeitlichen Verschiebungen von Infrastrukturprojekten als Einmaleffekt löse man die jetzige dauerhafte Kostensteigerung nicht. Dem müsse man sich durch eine dauerhaft auskömmliche Einkommenslage entgegenstellen.

Und eine Herausforderung werde auch das hohe Investitionsvolumen aufgrund der steigenden Kreditlasten darstellen.

Im Bereich des Finanzplanes erwarte die Verwaltung für die Bauprojekte derzeit im Bereich des Hochbaus zeitliche Verzögerungen bei der Sanierung der Stadtbücherei (Masterplanprojekt) und Neubau der Umkleiden am Jahnstadion. Die Mehrbedarfe beim Jahnstadion und der Sanierung der Albert-Schweitzer-Schule/Erweiterung des OGS-Bereiches seien noch nicht etatisiert und würden nach vorheriger politischer Beschlussfassung im Rahmen der Etaaufstellung 2024 zu berücksichtigen sein. Für 2023 erwarte der Bereich Gebäudemanagement Minderauszahlungen infolge zeitlicher Verschiebungen bei den vorgenannten Projekten von rund 1,075 Mio. EUR. Im Bereich des Tiefbaus lägen alle Projekte im Zeitplan. Insgesamt würden die Ausschreibungen in den Bereichen Hoch- und Tiefbau derzeit zwar weiterhin ein hohes Preisniveau belegen. Anders als 2022 schienen die aktuellen Haushaltsansätze aber auskömmlich zu sein. Ausschreibungsbedingt relevante überplanmäßige Mehrbedarfe würden nicht gesehen. Die Minderausgaben im Hochbaubereich könnten zur Deckung von Mehrbedarfen für die Schaffung /Bereitstellung neuer ökologischer Ausgleichsflächen benötigt werden. Es sei daher insgesamt mit einem hohen Finanzbedarf und damit einer deutlich steigenden Kreditaufnahme im investiven Bereich der Stadt zu rechnen. Zur Sicherstellung der Liquidität für die investitionsbedingten Ausgaben werde daher damit gerechnet, dass in diesem Jahr die im Haushaltsplan vorgesehene Nettoneuverschuldung von 21,1 Mio. EUR in erheblichem Umfang auch realisiert werden müsse. Mindestens im Umfang von 10 Mio. EUR werde derzeit die Aufnahme neuer Investitionskredite und damit eine Zunahme der Nettoneuverschuldung erwartet. Damit werde leider auch die Schuldenrückführung der vergangenen 10 Jahre überholt. Zudem werde daraus eine jährliche Zinsmehrbelastung von 400 TEUR (bei angenommenen 4 % Zinsniveau für langfristige kommunale Investitionskredite) per anno zu erwarten sein.

Frau Köß erkundigt sich bei Frau Bürgermeisterin Rodeheger, ob sie im Hinblick auf die positive Stimmung, mit der man bei den Haushaltsplanberatungen Ende letzten Jahres in den Haushalt gegangen sei, optimistisch sei, dass keine Steuererhöhungen erforderlich seien.

Frau Bürgermeisterin Rodeheger erklärt hierzu, dass man sich noch recht früh im Jahr befinde und der Finanzstatusbericht im Herbst sicherlich in einer aussagekräftigeren Form

sein werde. Ferner würden sich die Tarifabschlüsse mit ungefähr 10 % Steigerung zeitverzögert über alle personalintensiven Positionen des Gesamtetats legen. Das schlage richtig zu Buche. Auch befänden sich viele Maßnahmen derzeit in der Umsetzung und würden somit kassenwirksam.

Das Thema Steuererhöhungen werde generell von Jahr zu Jahr natürlich zu diskutieren sein. Viele Nachbarkommunen würden sich bereits damit auseinandersetzen. Ob dieses für die Stadt Oelde auch der Fall sei, werde sich eher in der zweiten Jahreshälfte bzw. bei Aufstellung des neuen Haushaltsplanes zeigen. Die Aussagen der Unternehmen seien deutlich positiver. Von daher sei man noch relativ beruhigt. Im Moment befinde man sich aufgrund des Vorauszahlungssolls bei der Gewerbesteuer auf gleichbleibendem Niveau und was die weitere Entwicklung und auch den Jahresabschluss 2023 betreffe, werde man nach der Sommerpause verbindlichere und prognosesichere Aussagen treffen können.

Beschluss

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung nimmt den Finanzstatusbericht I/2023 zur Kenntnis.

4. Gründung einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung für den Bereich der Abwasserbeseitigung

B 2023/020/5450/2

Herr Siebert bezieht sich auf die Sitzungsvorlage. Der Tagesordnungspunkt sei in der letzten Sitzung vertagt und die Verwaltung beauftragt worden, einen strukturierten Umsetzungsplan vorzulegen. Der Umsetzungsplan liege hiermit nun vor.

Beschluss

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung nimmt die Ausführungen zur Gründung einer eigenbetriebsähnlichen Einrichtung für den Bereich der Abwasserbeseitigung zur Kenntnis.

Notwendige externe Beratungsleistungen zu den in der Sitzungsvorlage dargestellten Arbeitsschritten können im Rahmen der unter dem Produktsachkonto 010902.5293001 zur Verfügung stehenden Mittel durch die Bürgermeisterin bzw. die Verwaltung im Rahmen der Zuständigkeit für Geschäfte der laufenden Verwaltung beauftragt werden.

5. Änderung der Honorarordnung der Volkshochschule Oelde-Ennigerloh

B 2023/430/5482

Herr Siebert bezieht sich auf den Sachverhalt der Sitzungsvorlage. Da kein Erörterungsbedarf besteht, lässt Herr Siebert über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung empfiehlt dem Rat der Stadt Oelde einstimmig folgende Beschlussfassung:

Der Rat der Stadt Oelde beschließt die als Anlage zur Vorlage beigefügte Honorarordnung für die Volkshochschule Oelde-Ennigerloh. Die Entscheidung erfolgt im Einvernehmen mit der Stadt Ennigerloh, der Rat der Stadt Ennigerloh nimmt die Entscheidung zur Kenntnis.

6. Maßnahmenfreigaben

6.1. Maßnahmenfreigabe; Beschaffung eines Tanklöschfahrzeugs (TLF) 3000 für die Freiwillige Feuerwehr Oelde B 2023/320/5526

Herr Siebert verweist auf den Sachverhalt in der Sitzungsvorlage. Da es keine Rückfragen hierzu gibt, lässt Herr Siebert über die Maßnahmenfreigabe abstimmen.

Beschluss

Der Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung erteilt einstimmig die Maßnahmenfreigabe zur Beschaffung eines TLF 3000 für die Freiwillige Feuerwehr Oelde.

7. Verschiedenes

7.1. Mitteilungen der Verwaltung

Entfällt.

7.2. Anfragen an die Verwaltung

Es werden keine Anfragen gestellt.

gez. Christoffer Siebert
Ausschussvorsitzender

gez. Klaus Jablonski
Schriftführer